

Nr. 17/783

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Atomtransporte durch das Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE.
vom 7. Juli 2009
(Drucksache 17/857)
2. Besondere Investitionsanstrengungen für Bremerhaven
Mitteilung des Senats vom 18. August 2009
(Drucksache 17/883)
3. Entwicklung von Forschung und Lehre im Lande Bremen seit Bologna
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/890)
4. Ausbildungssituation für Jugendliche im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31. August 2009
(Drucksache 17/912)

Nr. 17/784

Verstärkte Kooperation zwischen den Jagdbehörden von Bremen und Niedersachsen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 18. August 2009
(Drucksache 17/889)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 17/785

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) für die 5. Mandatsperiode

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Staatsrätin Dr. Kerstin K i e ß l e r

als ordentliches Mitglied und den Abgeordneten

Dr. Hermann K u h n

als stellvertretendes Mitglied für die fünfte Mandatsperiode in den Ausschuss der Regionen (AdR).

Nr. 17/786

Fragestunde

1. Arbeitnehmer- und Arbeitnehmerinnenberatung durch „Einheitliche Ansprechpartner“
Anfrage der Abgeordneten Max Liess, Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 26. August 2009
2. Christliche Zeitarbeits-„Gewerkschaften“ nicht tariffähig – Folgen für Bremen
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 26. August 2009
3. Krankenstand in der Verwaltung
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Dr. Wolfgang Schrörs, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 1. September 2009
4. Kosten der Rettungsdienste
Anfrage der Abgeordneten Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE. vom 1. September 2009
5. Rassistischer Überfall „Auf der Brake“ am 26./27. Juli 2009
Anfrage der Abgeordneten Monique Troedel, Peter Erlanson und Fraktion DIE LINKE. vom 1. September 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

6. Umweltprämie
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 8. September 2009
7. Gefahr sozialer Unruhen in Bremen und Bremerhaven
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 8. September 2009

Diese Anfragen sind vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Landeseinheitliche Leistungskriterien für den Übergang nach Klasse vier
Anfrage der Abgeordneten Claas Rohmeyer, Heiko Strohmann, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 8. September 2009
9. Schwarzarbeit in der Wirtschaftskrise bekämpfen
Anfrage der Abgeordneten Helga Ziegert, Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD vom 8. September 2009
10. Bundesratspräsidentschaft Bremens 2009/2010
Anfrage der Abgeordneten Dr. Oliver Möllenstädt, Uwe Woltemath und Fraktion der FDP vom 9. September 2009

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 17/787

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 17/788

Gendergerechte Investitionen in Sportstätten

Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 12. Mai 2009
(Drucksache 17/780)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. Juni 2009

(Drucksache 17/840)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/789

Bildungsurlaub als Instrument zur Erhöhung der Weiterbildungsbeteiligung weiterentwickeln

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 15. Juni 2009
(Drucksache 17/828)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 30. September 2009

(Drucksache 17/948)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht die Notwendigkeit einer breiten Beteiligung aller Bevölkerungskreise an lebenslangem Lernen. Bildungsurlaub leistet dazu einen kleinen, aber wichtigen Beitrag, den es weiter auszubauen gilt. Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert daher an Arbeitnehmer/-innen und Arbeitgeber/-innen, das Bremische Bildungsurlaubsgesetz intensiver als bisher zu nutzen.
2. Der Senat wird gebeten, Maßnahmen zu entwickeln, welche die Bildungsbeteiligung insbesondere bildungsungeohnter Menschen nachhaltig verbessert. Dabei muss es auch darum gehen, die Teilnahmequote am Bildungsurlaub deutlich zu steigern.
3. Der Senat wird gebeten, bis November 2009 der Bürgerschaft (Landtag) eine Gesetzesänderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes vorzulegen, die folgende Änderungen enthalten soll:
 - Bildungsurlaub künftig ab einen Tag Dauer, bei Beibehaltung des Zwei-Wochen-Anspruchs in zwei Jahren, zu gewähren,
 - private Bildungsanbieter zuzulassen,
 - die Inanspruchnahme von Bildungsurlaub dem Arbeitgeber in der Regel vier Wochen vor Beginn mitzuteilen,
 - nicht in Anspruch genommenen Bildungsurlaub über den Zwei-Jahres-Zeitraum hinaus nicht mehr zu übertragen,
 - das Gesetz soll in gendergerechter Sprache überarbeitet werden.

Die Verordnung zum Bremischen Bildungsurlaubsgesetz ist entsprechend anzupassen.

Es ist sicherzustellen, dass bei der Anerkennung der Bildungsurlaubsmaßnahmen die Qualitätsstandards für gemeinnützige und private Anbieter gleichermaßen gelten. Ferner ist sicherzustellen, dass private Anbieter keine Landesförderung für die Durchführung von Bildungsurlaubsmaßnahmen erhalten.

4. Der Senat wird gebeten, innerhalb von zwei Monaten nach Beschlussfassung eine Übersicht über die Weiterbildungsbeteiligung im Land Bremen vorzulegen.

Nr. 17/790

Kinder und Jugendliche als Opfer im Internet

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2009
(Drucksache 17/817)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Juli 2009

(Drucksache 17/866)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/791

Lebenslagen im Land Bremen

Armuts- und Reichtumsbericht der Freien Hansestadt Bremen 2009

Mitteilung des Senats vom 23. Juni 2009

(Drucksache 17/851)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 17/792

Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 2009

(Drucksache 17/938)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. vom 30. September 2009

(Drucksache 17/949)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die in dem Bericht des Senats „Lebenslagen in Bremen“ dargestellten Strategien gegen Segregation und Ausgrenzung in ressortübergreifende Maßnahmen zu überführen und der Bürgerschaft (Landtag) Prioritäten für die Umsetzung der Maßnahmen vorzuschlagen. Dabei sollen auch die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel von den einzelnen Ressorts dargestellt werden.
- II. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
 1. sich auf Bundesebene für eine bessere Absicherung des Regelbedarfs in den Grundsicherungsleistungen einzusetzen. Es ist darauf hinzuwirken, dass ein neues und flexibleres Bedarfsbemessungsverfahren etabliert wird, das eine schnellere und genauere Anpassung der Regelsätze an den tatsächlichen Bedarf der Leistungsbeziehenden ermöglicht und dass das System der einmaligen Leistungen auf einen weiteren Ergänzungsbedarf hin überprüft wird.
 2. auf Bundebene weiterhin Initiativen zur Verbesserung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu entwickeln und zu unterstützen.
 3. unter Nutzung aller arbeitsmarktpolitischen Instrumente den Ausbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze zu fördern und einen sozialen Arbeitsmarkt für Personen, die noch nicht auf den ersten Arbeitsmarkt vermittelbar sind, zu etablieren.
 4. zu prüfen, auf welchen Gebieten Aufgaben der öffentlichen Hand selbst durchgeführt werden können, um auskömmliche Löhne zu ermöglichen. Dabei sollen die bisherigen Ansätze weiterentwickelt werden.
 5. zu prüfen, inwieweit Diskriminierung und soziale Ausgrenzung, die auf bestimmten Merkmalen, wie Geschlecht, Migrationshintergrund, soziale Herkunft, sexuelle Orientierung, Alter oder Behinderung, basieren, durch die Einstellungs- und Personalentwicklungspolitik verringert werden können.
 6. verstärkt Möglichkeiten zu prüfen, wie besonders erfolgreiche Projekte im Bereich der sozialen Stadtentwicklung, der Arbeitsmarkt- und der Sozialpolitik über den Rahmen zeitlich begrenzter Projektförderungen hinaus eine längerfristige Förderung erhalten können.

7. durch die weitere Förderung von Quartiersbildungszentren an Schulen und die Weiterentwicklung von Kindergärten zu Familienzentren den Austausch unter den Bewohnerinnen und Bewohnern in den Stadtteilen zu intensivieren. Eine besondere Bedeutung haben dabei stadtteilübergreifende Projekte, die das Auseinanderdriften von Quartieren vermeiden.
 8. ein Programm zur „Stärkung der Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen“ für benachteiligte Bevölkerungsgruppen mit einer Absicherung und Verbesserung der Beratung und der Vernetzung zu entwickeln.
 9. darauf hinzuwirken, dass Zugangsbarrieren benachteiligter Bevölkerungsgruppen, zum Beispiel aufgrund des kulturellen Hintergrunds, bei der Wahrnehmung von Kulturangeboten beseitigt werden.
 10. bei der Planung und Entwicklung von neuen Wohngebieten auf eine soziale Vielfalt hinzuwirken. Die dafür erforderliche Infrastruktur soll geschaffen werden.
- III. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der Bürgerschaft (Landtag) bis Anfang des Jahres 2010 einen Vorschlag für die unter I. geforderte Strategie vorzulegen. Weiterhin wird der Senat aufgefordert, regelmäßig über die Umsetzung der Prüfaufträge unter II. Nrn. 1 bis 10 in den Deputationen und Ausschüssen zu berichten.

Nr. 17/793

Lehrerausbildung

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 3. Juni 2009
(Drucksache 17/816)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 18. August 2009

(Drucksache 17/884)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/794

Weiterentwicklung der Lehrer- und Lehrerinnenausbildung

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Juni 2009
(Drucksache 17/848)

1. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2009 ein Konzept vorzulegen, in dem dargelegt wird, wie die zukünftige Lehrer/-innenausbildung im Land Bremen vor dem Hintergrund der formulierten Ziele weiterentwickelt werden soll. Dabei sollen insbesondere folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:
 - die Anpassung der Lehramtsausbildung an die Anforderungen des neuen Bremer Schulsystems,
 - die einheitliche Gesamtdauer der Bachelor- und Masterausbildung (300 Kreditpunkte in Bachelor- und Masterphase),
 - die Vermittlung fächer- und schulartenübergreifender Kompetenzen unter besonderer Berücksichtigung des Umgangs mit Heterogenität,
 - die Vermittlung von interkultureller Kompetenz und Kompetenz für Deutsch als Zweitsprache,
 - ein kooperatives Praxiskonzept zwischen Universität (Zentrum für Lehrerbildung) und Landesamt für Schule,
 - Möglichkeiten der Anerkennung von Studieninhalten und Studienabschlüssen zwischen Niedersachsen und Bremen unter besonderer Berücksichtigung der Kooperation mit Oldenburg.

2. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2009 darzulegen, wie er sicherstellt, dass Studierende der Universität Bremen mit bestandem Bachelorabschluss den freien Zugang zum Lehramtsmaster haben.
3. Der Senat wird aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) bis Ende 2009 darzulegen, wie er sicherstellt, dass der Bachelorabschluss polyvalent ist und dem Grundsatz nach eine Berufsperspektive für Bachelorabsolventen/-innen aufzeigt, die kein Masterstudium im Lehramt aufnehmen.
4. Der Senat möge darlegen, ob und gegebenenfalls welche beruflichen Perspektiven Bachelorabsolventen/-innen künftig an Schulen haben könnten.

Nr. 17/795

Versorgung der öffentlichen Schulen im Lande Bremen mit Lehrern

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 9. Juni 2009
(Drucksache 17/818)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 22. September 2009

(Drucksache 17/932)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 17/796

Lehrerinnen und Lehrer für Bremen und Bremerhaven gewinnen!

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 25. August 2009
(Neufassung der Drs. 17/894 vom 19.08.09)
(Drucksache 17/907)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 17/797

Sicherstellung einer ausreichenden und qualitativ guten Versorgung mit Lehrerinnen und Lehren

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. September 2009
(Drucksache 17/940)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung ab.

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. hält daran fest, frei werdende Lehrerinnen- und Lehrerstellen in Bremen und Bremerhaven wiederzubesetzen.
2. fordert den Senat auf, die unternommenen Maßnahmen zur Gewinnung von Lehrerinnen und Lehrern fortzusetzen und bittet den Senat, sich auch weiterhin nachhaltig in die ländergemeinsame Strategie zum Lehrkräftebedarf einzubringen.
3. fordert den Senat auf, bis Mitte nächsten Jahres ein Konzept vorzulegen, aus dem, ausgehend von nach Fächern und Schularten differenzierten Bedarfsrechnungen für die nächsten zehn Jahre, hervorgeht, welche Studienplätze und Kapazitäten im Vorbereitungsdienst erforderlich sind, um auch künftig eine ausreichende und qualitativ gute Versorgung mit Lehrerinnen und Lehrern im Land Bremen zu gewährleisten.

4. bittet den Senat zu prüfen, ob ein gesondertes Auswahlverfahren für Referendarinnen und Referendare, die in den Schuldienst Bremerhavens möchten, geeignet ist, die Versorgungsengpässe, insbesondere in bestimmten Fächern, in Bremerhaven abzumildern.
5. bittet den Senat zu prüfen, inwiefern geeignete Weiterbildungsprogramme für im Dienst befindliche Lehrkräfte angeboten werden können, um diese in die Lage zu versetzen, berufsbegleitend die Lehrbefähigung in Mangelfächern (derzeit z. B. Latein, Spanisch, Physik und Chemie) zu erwerben.
6. fordert den Senat auf, ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie auch bei Seiten- und Quereinsteigerinnen und -einsteigern gewährleistet wird, dass diese den Ansprüchen an Qualität und Professionalität, die den KMK-Standards für die Bildungs- und Fachwissenschaften entsprechen, genügen.
7. bittet den Senat, die berufliche Eingangsphase, insbesondere von Umsteigerinnen und Umsteigern sowie ausländischen Pädagoginnen und Pädagogen, mit geeigneten Maßnahmen zu flankieren, damit diese praktische Erfahrungen sammeln und Handlungssicherheit gewinnen können.
8. bittet den Senat, darauf hinzuwirken, dass die Anrechnungsmöglichkeiten von im Ausland erworbenen Qualifikationen, die im Herkunftsland einer Lehramtsausbildung entsprechen, erleichtert werden.

